

## Außenansicht

# Europa muss Zuwanderer integrieren

Von Andrew Geddes und Jan Niessen

Zuwanderung wird häufig als einzige Lösung gepriesen, die Europas Fachkräftemangel und das wachsende Defizit der Rentenkassen beheben könnte. Experten argumentieren, es sei keine soziale Belastung, wenn ehrgeizige Menschen ins Land kommen, die begierig darauf sind, zu arbeiten, zu lernen und voranzukommen. Vielmehr würde sich diese Zufuhr belebend auf Europas alternde Gesellschaften und auf seine stagnierende Wirtschaft auswirken. Die klaffende Lücke an Fachkräften in Europa könnte aber auch durch eine höhere Beschäftigungsrate und durch bessere Integration der bereits ansässigen ausländischen Staatsbürger geschlossen werden, einschließlich jener, die nicht-europäischer Nationalität sind, aber mit einer Arbeitserlaubnis in Europa leben. Oft finden diese nur schwer Arbeit, die ihren Fähigkeiten und ihrem Potenzial entspricht.

Die Entwicklung wirksamer Programme zur Integration von Zuwanderern ist von vitaler Bedeutung, will die EU ihre ehrgeizigen Ziele hinsichtlich Beschäftigung und Konkurrenzfähigkeit (Agenda von Lissabon) erreichen. Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und eine pulsierende Wirtschaft in den Kommunen hängen davon ab. Von beidem profitiert die Allgemeinheit. An gutem Willen fehlt es nicht. Bei dem EU-Gipfeltreffen 1999 im finnischen Tampere verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs, Nicht-EU-Bürgern ähnliche Rechte wie EU-Bürgern einzuräumen. Sie bekräftigten sogar 2004 im Haager Programm ihre Verpflichtung, den Umgang mit legalen Zuwanderern und deren Integration gesetzlich zu regeln.

Eine neue Untersuchung des British Council in Brüssel, des Foreign Policy Centre und der Migration Policy Group hält die Integrationspolitik in Europa jedoch für Flickschusterei. Der Bericht (European Civic Citizenship and Inclusion Index) beruht auf einem Punktesystem, das die Diskrepanz zwischen den gemeinsamen Verpflichtungen der EU-Länder und dem tatsächlich Erreichten in fünf Schlüsselkategorien bewertet. Bei den fünf Kategorien handelt es sich um Integration auf dem Arbeitsmarkt, langfristige Aufenthaltsgenehmigungen, Familienzusammenführung, Einbürgerung und Anti-Diskriminierung. Die Ergebnisse in den früheren 15 EU-Mitgliedsländern weichen stark voneinander ab, doch im Schnitt lautet die Bewertung weniger günstig in allen fünf Kategorien, was eine verblüffende Diskrepanz zwischen Rhetorik

und Realität darstellt.

Interessant ist, dass keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ländern mit längerer Migrationsvorgeschichte und solchen Ländern festgestellt wurden, die erst seit kurzem mit Migration zu tun haben. Deutschland, in dem mehr als sieben Millionen Zuwanderer leben, liegt übrigens in allen Kategorien außer der Familienzusammenführung unter dem europäischen Durchschnitt. Zweifellos haben die EU-Mitgliedstaaten noch viel zu lernen und Erfahrungen auszutauschen über die beste Art, Zuwanderer zu integrieren und sie verstärkt zur Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben ihres Landes zu bewegen. Wie kann Europa also Punkte sammeln?

Zunächst könnten die EU-Mitgliedstaaten wesentlich mehr auf dem Gebiet der Beschäftigung tun. Dazu gehören nicht zuletzt die Anerkennung ausländischer Zeugnisse und Abschlüsse, der einfachere Zugang zu Schulung und Fortbildung sowie Erleichterungen bei Firmengründungen. Wenn Europa wirklich in der Zuwanderung das Heilmittel für seine flaute Wirtschaft sieht, muss es zuallererst für eine effektivere Integrationspolitik sorgen.

Die Integration auf dem Arbeitsmarkt genügt jedoch nicht. Die Nachkriegserfahrungen Europas mit der Zuwanderung lassen sich so auf den Punkt bringen: „Wir haben Arbeiter ins Land geholt, Menschen sind gekommen.“ Zuwanderer können sich nicht aktiv in die Gemeinschaft ihrer Kommunen integrieren, solange ihre grundlegenden menschlichen Bedürfnisse ignoriert werden. Dazu gehört eine stabile Basis für ihr Familienleben ebenso wie persönliche Sicherheit. Gesetzlich verankerte Rechte wie langfristige Aufenthaltsgenehmigungen und Familienzusammenführung sind entscheidend – doch um beides muss in europäischen Ländern zäh gerungen werden. Rechte Gruppen quer durch Europa spielen außerdem zunehmend mit den Ängsten der Bürger vor sozialem Abstieg und mit ihrer allgemeinen Verunsicherung, um gegen Zuwanderung zu polemisieren. Gestärkte Bürgerrechte und eine gute Integrationspolitik sind aber die besten Waffen, eine Gefahr aus dieser Ecke zu bannen.

Paradoxiereise untergräbt die derzeitige europäische Einwanderungspolitik vielleicht gerade jene Werte, zu deren Schutz sie gedacht ist. Europa hat sich zur Schaffung

eines „gemeinsamen Raumes für Freiheit, Sicherheit und Recht“ verpflichtet. Doch der Ausschluss vieler Menschen ohne EU-Mitgliedsstatus (Zuwanderer aus Drittstaaten) fördert die Entstehung einer Unterschicht aus Bürgern zweiter Klasse. Ihre Zahl entspricht gegenwärtig der Bevölkerung von Irland, Dänemark und Finnland. Hier kann schwer von einem Hafen der Gleichheit und Offenheit gesprochen werden, wie es Europa gerne sein möchte.

Noch Besorgnis erregender ist freilich der Mangel an Daten. Zwar sammeln die EU-Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Agrarpolitik systematisch Daten über jede Kuh und jedes Huhn in der EU, doch das Thema Migration scheint politisch zu brisant zu sein und die Migranten zu verschieden, als dass man vergleichbare, transparente Daten sammeln könnte. Solange es aber keine Daten gibt, anhand derer die Integrationspolitik der Mitgliedstaaten überprüfbar ist, fehlt es ihren Absichtserklärungen an Überzeugungskraft, mit der Zuwanderung vernünftig und sensibel umzugehen.

Die neue Aufregung beim Thema Einwanderung geht an der Wirklichkeit vorbei. Ausschlaggebend sind weniger Fragen wie „Wen lassen wir herein?“ oder „Wer soll draußen bleiben?“, sondern Wie gehen wir effektiv mit Migration um?“. Die Europäer müssen Zuwanderung als Tatsache anerkennen, die das Leben mit sich bringt. Ihre überholten Vorstellungen von der „Festung Europa“ sollten sie über Bord werfen. Stattdessen sollte Europa überlegen, auf welche Weise es die Zuwanderung nutzbringend für die Einwanderer und für die Gesellschaft insgesamt regeln kann. Wie sonst will Europa erreichen, dass die Migranten zu einer dynamischeren Wirtschaft beitragen und dass aus Parallelgesellschaften eine Gesellschaft mit Gemeinschaftsgefühl hervorgeht?

Zur Mutlosigkeit besteht kein Grund. Es gibt eine reiche Auswahl an Programmen zur Verbesserung der Situation von Einwanderern in Europa, denen die EU-Mitgliedstaaten zugestimmt haben. Jetzt müssen sie nur noch entsprechend handeln. Wenn Europa umdenkt und organisatorisch neue Wege geht, könnten die europäischen Gesellschaften durchaus ihre Traditionen und ihre Geschichte bewahren und dennoch nach außen offen sein und im Inneren integrierend wirken.

Übersetzung: Eva C. Koppold

Andrew Geddes (links) lehrt Politikwissenschaft an der Universität Sheffield in England. Jan Niessen ist Direktor der Migration Policy Group in Brüssel.

Foto: privat